

Der Irrtum der Personenfreizügigkeit

Die Personenfreizügigkeit wird in höchsten Tönen gelobt. Der Grundtenor lautet, die erhöhte Einwanderung – vor allem aus Deutschland – sei für den wirtschaftlichen Aufschwung (mit-) verantwortlich. Die Personenfreizügigkeit sei dafür verantwortlich, dass die Leute kommen können, die unser Land benötigt.

Wer so argumentiert, hat die Natur der Personenfreizügigkeit nicht verstanden. Denn selbstverständlich braucht es keine Personenfreizügigkeit, um diejenigen Personen in unser Land holen zu können, die wir auf dem Arbeitsmarkt brauchen. Holen kann man immer, wen man braucht; Personenfreizügigkeit hin oder her. Personenfreizügigkeit ist etwas ganz anderes als das Mittel, holen zu können, wen man braucht. Personenfreizügigkeit ist vielmehr das Mittel, um den Behörden die Möglichkeit aus den Händen zu schlagen, die Einwanderung zu steuern. Denn bei Personenfreizügigkeit kann jeder kommen, der einen Arbeitsvertrag vorweist (diese können auch fingiert sein) und jeder, der als Selbständig-Erwerbender einreisen will. Die Schweiz kann also seit dem 1. Juni 2007 (Inkraftsetzung der vollständigen Personenfreizügigkeit mit den alten 15 EU-Staaten) die Einwanderung nicht mehr steuern.

Das wird sich langfristig rächen; spätestens dann, wenn die Balkan-Staaten der EU beigetreten sind, respektive wenn die Übergangsfristen verstrichen sind. Die kurze „Erfahrungszeit“ der letzten Jahre ist irrelevant. Bei der Einwanderungsproblematik geht es um langfristige Entwicklungen. Man wird erst in ein / zwei Generationen sehen, welche negative Folgen die freie Einwanderung nach sich zieht.

Wenn ich nachfolgend meine Ausführungen zur Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf weitere EU-Staaten aufschalte (Titel: „Mit offenen Augen in die Armut?“, verfasst vor dem Beitritt der 10 neuen EU-Staaten), so sind diese Befürchtungen langfristig zu verstehen.

Mit offenen Augen in die Armut?

(Artikel, verfasst vor der Abstimmung über die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die 10 neuen EU Mitglieder Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Malta und Zypern)

Freier Handel bringt uns Wohlstand; freie Einwanderung bringt uns Armut. Niemand kann die Gesetze der Logik und der Ökonomie ausser Kraft setzen. Freie Einwanderung zwischen einem armen und einem reichen Land ist immer und überall zum Nachteil des wohlhabenden Landes. Wer das Gegenteil erzählt, könnte ebenso gut behaupten, Wasser fliesse aufwärts.

Brutale Nivellierung nach unten

Weshalb haben alle wohlhabenden Länder wie USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Japan strikte Einwanderungsbeschränkungen; ganz zu schweigen von kleinen reichen Staaten wie Singapur, Dubai, Katar etc.? Sie alle wissen, dass ihnen Personenfreizügigkeit Nivellierung nach unten bringen würde. Auch die EU würde sich hüten, gegenüber Nordafrika die Personenfreizügigkeit einzuführen. Kein Spanier käme auf die Idee, freie Einwanderung aus dem wesentlich ärmeren Marokko zu propagieren. Uns aber wollen der Bundesrat, die Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und die meisten Medienvertreter weismachen, es bringe der Schweiz mehr Wohlstand, wenn wir mit EU-Oststaaten freie Einwanderung vereinbaren, in denen das Lohnniveau zehnmal tiefer liegt als bei uns.

Die Deutschen machen nun die bittere Erfahrung, was passiert, wenn ein (ehemals) reiches Land wie Deutschland die Personenfreizügigkeit mit den viel ärmeren Oststaaten einführt. Die Ostzuwanderung bringt ihnen eine brutale Nivellierung nach unten. Die Arbeitslosigkeit explodiert, die Löhne brechen zusammen, die Schere zwischen Arm und Reich wird auseinander gerissen.

Faktisch freie Einwanderung

Viele Schweizerinnen und Schweizer haben bereits vorschnell „Ja“ zur Personenfreizügigkeit gesagt, ohne sich im Detail zu überlegen, was dies heisst: Ausländer erhalten einen Rechtsanspruch auf Einwanderung; die Schweizer Behörden verlieren die Möglichkeit, die Einwanderung zu steuern oder zu begrenzen. Wir können nicht mehr selbst entscheiden, wer einwandern darf und wer nicht; weder die Arbeitsmentalität noch die beruflichen Fähigkeiten noch der Integrationswille (der Wille sich bei uns anzupassen) dürfen eine Rolle spielen.

Dass es unbedingt einen Arbeitsvertrag brauche, um in die Schweiz einwandern zu können, ist nicht wahr. Jeder kann als selbständig Erwerbender einwandern. Deutschland wird zur Zeit überrannt von osteuropäischen „Einmangengesellschaften“, die als Selbständige ihre Arbeit zu Tiefstpreisen anbieten, völlig legal. Sie kommen zu Hunderttausenden als „Ein-Mann-Geschäft“, als „Ein-Frau-Putzinstitut“, als „Ich-Taxi“, als Tagelöhner; sie wohnen teilweise in Billigunterkünften oder Massenlagern. Für die Schweiz wären die Folgen langfristig wohl noch gravierender, da bei uns das Wohlstandsniveau noch höher ist als in Deutschland.

Übergangsfristen und Flankierende Massnahmen wirkungslos

Die Befürworter loben, es sei gelungen, lange Übergangsfristen auszuhandeln. Das bringt nichts. Entscheidend bleibt, dass uns die Personenfreizügigkeit tiefe Löhne und hohe Arbeitslosigkeit bringt. Ob die Armut einige Jahre früher oder später resultiert, spielt keine Rolle. Flankierende Massnahmen sind ebenfalls wirkungslos, vor allem deshalb, weil sie bei selbständig Erwerbenden überhaupt nicht anwendbar sind. Eine Wohnung kann zu einem Pauschalpreis geputzt, ein Haus zu einem Pauschalpreis gemalt, ein Dach zu einem Pauschalpreis gedeckt werden, auch wenn dabei nur ein Hungerlohn verdient wird. Jedermann wird also seine Arbeitskraft zu beliebigen Tiefstpreisen als Selbständiger anbieten können. Wiederum Deutschland zeigt, welche gravierenden Folgen das hat. Bereits geht der Spruch um: „Wer hat uns verraten? die Sozialdemokraten!“. Glauben die Gewerkschaften wirklich, das ökonomische 1x1 ausser Gefecht setzen zu können?

Schon bei den 40-Tonnen-Lastwagen hat man uns gesagt, mit Übergangsfristen und flankierenden Massnahmen habe man alles im Griff, es werde „keine Lastwagenlawinen geben“. Weit gefehlt! Und jetzt tönt es wieder genau gleich; allerdings geht es diesmal um wesentlich mehr als nur um Lastwagen, jetzt steht der Wohlstand als Ganzes auf dem Spiel.

Der Ruin der Sozialwerke

Wenn Ausländer zu tiefen Löhnen (als Selbständige) einwandern, werden die Einheimischen in die Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung, Krankentaggeldversicherung gedrängt. Zudem erhalten die Ausländer direkten Anspruch auf unsere Sozialleistungen, auf Invalidenrenten, Ergänzungsleistungen, Krankentaggeld, AHV etc. Sie sind ab sofort nach Schweizer Standards krankenversichert, inklusive Familie im Heimatland. Wer arbeitslos wird, hat ab dem ersten Tag Anspruch auf Arbeitslosengelder, berechnet auf dem hohen Schweizer Lohn, auch wenn er in seiner Heimat nur zu Tiefstlöhnen gearbeitet hat. Die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit drohen, unsere Sozialwerke zu ruinieren.

Personenfreizügigkeit mit Rumänien, dem Balkan und gar der Türkei

Wer jetzt Ja stimmt, muss das konsequenterweise auch bei künftigen Erweiterungen der EU tun. Bereits auf 2007 ist der EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien geplant. Danach werden die Balkanstaaten (Kroatien, Mazedonien, Serbien inkl. Kosovo, Bosnien, Albanien) folgen. Spätestens dann würden wir bei einem Ja zur Personenfreizügigkeit eine schädliche Masseneinwanderung erleben, welche die Schweiz weder wirtschaftlich noch sozial verkraften könnte (von den Problemen in den Schulen bis zum Anstieg der Kriminalität). Wenn gar die Türkei in die EU aufgenommen würde, sind die Folgen unabsehbar.

Der wichtigste Hebel, um den Wohlstand zu halten

Unbestritten ist, dass die Schweiz auch in Zukunft Einwanderung braucht. Absolut entscheidend ist jedoch, welche Art von Einwanderung. Wir brauchen diejenigen Menschen, die uns helfen, unser Land aufzubauen, nicht diejenigen, die von unserem System profitieren wollen. Daran kann auch die Wirtschaft kein Interesse haben. Es ist nicht schwer, eine Gesellschaft zu formen, bei der nur eine kleine Elite im Wohlstand lebt; das schafft jedes Drittweltland. Unsere Elterngenerationen aber haben die Schweiz in nur 100 Jahren vom Armenhaus in das reichste Land der Welt verwandelt, in welchem auch die breiten Bevölkerungsschichten einen erstaunlichen Wohlstand erlangten. Wir dürfen uns diese grossartige Errungenschaft nicht durch eine Einwanderungspolitik zerstören lassen, bei der jedermann kommen kann. Wir dürfen nicht zulassen, dass mit der Personenfreizügigkeit die Schere zwischen Arm und Reich in der Schweiz auseinander gerissen wird und unser Wohlstand auf den EU-Durchschnitt hinuntergewirtschaftet wird.

Wer einwandern darf und wer nicht, ist der wohl wirksamste Hebel, um den Wohlstand eines Landes zu sichern (indem gezielt Arbeits- und Anpassungswillige aufgenommen werden). Wir dürfen diesen Hebel auf keinen Fall aus der Hand geben!

Luzi Stamm, Nationalrat